

schaftlichen Beziehungen Japans zum kommunistischen Regime vom 15. August 1989 an jeden Monat zwei Japaner töten, bis diese Bindungen eingestellt würden. Die Empfänger dieser Drohungen gehen davon aus, daß es sich bei den Absendern um Opfer der niedergeschlagenen Demokratiebewegung handelt, die wünschen, daß ausländische Firmen "mit der diktatorischen kommunistischen Regierung seine gemeinsame Sache mehr machen".

Die Drohbriefe waren in der ersten Julihälfte bei der japanischen Botschaft, beim japanischen Generalkonsulat in Shanghai sowie bei mehreren japanischen Firmenvertretungen eingegangen. Als Angriffsziele werden Investoren, Touristen und mit der KP Chinas "freundschaftlich verbundene Persönlichkeiten" genannt (Kyodo in SWB, 8.8.89).

Die Japaner sind die nach wie vor größte Ausländerkolonie in Beijing, obwohl von den einst 3.000 Angehörigen in der Zwischenzeit nur noch etwa 700 verblieben sind. Die meisten Geschäftsleute haben nach den Ereignissen vom 4. Juni, vor allem aber auch nach dem Eintreffen der Drohung vom Juli, ihre Familienangehörigen nach Japan zurückgeschickt. Viele der in Beijing Verbliebenen sind in Hotels gezogen, die von Polizei bewacht werden. Nach dem Vorgehen der chinesischen Führung gegen die Protestbewegung am 4. Juni war der Handel bereits merklich gesunken. Die japanischen Ausfahrten nach China gingen allein im Juli 1989 um 10,3% auf 742,9 Mio. US\$ zurück.

Die Bedrohungsängste der Japaner wuchsen, seit es am 12. August zu einem bisher unaufgeklärten Flugzeugunglück in der Nähe von Shanghai kam, unter dessen 34 Todesopfern als einzige Ausländer zwei japanische Geschäftsleute waren. Bei den ums Leben gekommenen Japanern handelt es sich um zwei Männer im Alter von 30 und 47 Jahren, die für den Fachbereich Elektronik des Mitsubishi-Konzern unterwegs waren.

Obwohl die japanische Gemeinde, vor allem die japanische Botschaft, Sabotagespekulationen offiziell beiseite geschoben hat, sind inzwischen doch Empfehlungen an alle in China lebenden Japaner ergangen, sich in der Öffentlichkeit so unauffällig wie möglich zu bewegen, nach Anbruch der Dunkelheit nicht auf die Straße zu gehen und Dienstreisen nur in den dringendsten Fällen zu unternehmen. -we-

* (5) **Pokerface gegenüber Polen**

Die Studentenaufstände und die Demokratiebewegung, die im Juni ein so blutiges Ende gefunden haben, haben in China einen heiligen Zorn gegen "pluralistische" Lösungen aufkommen lassen. Man hätte also eigentlich zornige Reaktionen auf den Machtwechsel in Polen erwarten können.

Während jedoch Vietnam die Niederlage der Kommunisten in Polen und ihr kleinmütiges Begeben als Folge eines "konterrevolutionären Staatsstreichts der von den US-Imperialisten unterstützten Solidarnosz" geißelte (VNA in SWB, 28.8.89), gab sich Beijing zurückhaltend. Am 31. August erklärte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums bei einer Pressekonferenz, daß die chinesische Regierung auf der Grundlage der Fünf Prinzipien die Beziehungen und freundschaftliche Zusammenarbeit mit Polen weiter aufrechterhalten und entwickeln wolle. Die Neubildung der polnischen Regierung, in der die Kommunisten nur noch vier Ressorts innehaben, sei eine innere Angelegenheit Polens, in die sich China nicht einmischen wolle. China seinerseits nehme das Recht in Anspruch, aufgrund seiner nationalen Gegebenheiten an den Vier Grundprinzipien sowie an der Fortsetzung seiner Politik der Strukturreformen und der Türöffnung festzuhalten und einen Sozialismus chinesischer Prägung aufzubauen.

Ministerpräsident Li Peng gratulierte seinem polnischen Amtskollegen Tadeusz Mazowiecki zur Wahl ins Amt des Premierministers. -we-

* (6) **Weitere 55 Städte und Kreise für Ausländer geöffnet**

Mit Genehmigung des Staatsrats wurden vom 18. August 1989 an 55 weitere chinesische Städte und Kreise für Ausländer geöffnet; d.h., die Besucher können dort hinreisen, ohne eine spezielle polizeiliche Genehmigung beantragen zu müssen.

Damit sind in der Zwischenzeit 626 Orte für Ausländer geöffnet worden.

Die neuzugelassenen Gebiete umfassen 9 Kreise der nordwestlichen Provinz Qinghai, 7 Kreise in der zentralchinesischen Provinz Hubei, 8 Orte in

der ostchinesischen Provinz Fujian, 6 Plätze in der südwestchinesischen Provinz Sichuan und 25 Plätze in der nordwestchinesischen Provinz Shaanxi (XNA, 19.8.89).

China wollte offensichtlich seinen Worten, denen zufolge die bisherige Öffnungspolitik unverändert fortgehen solle, auch Taten folgen lassen. -we-

Innenpolitik

* (7) **Hinweise auf die Rangfolge im neuen Politbüro**

Am 31. August 1989 fand in der Großen Halle des Volkes in Beijing ein großer Empfang zum 62. Jahrestag der "Volksbefreiungsarmee" statt. Mit Ausnahme von Yang Rudai (Partei- und Provinzchef von Sichuan) nahmen alle Politbüro-Mitglieder an diesem Empfang teil, was die gewachsene Bedeutung der VBA für die KPCh drastisch zum Ausdruck bringt. Mit Ausnahme des erwähnten Yang Rudai und von Verteidigungsminister Qin Jiwei, der die Veranstaltung mit einem für die politische Kultur der KPCh bezeichnenden Toast (siehe die Übersicht "Ein 'gerechtes' Massaker..." in diesem Heft) eröffnete, wurden in dem Aufmacher der *Volkszeitung* vom 1. August 1989 die Mitglieder des Politbüros (PBM) und seines Ständigen Ausschusses (SAPB) in einer Reihenfolge aufgeführt, die die gegenwärtige politische Rangfolge wiedergeben dürfte. Die Aufstellung bestätigt die Analyse im Juli-Heft von *CHINA aktuell*, daß Yang Shangkun der eigentliche starke Mann im Politbüro ist, denn der formell vor Yang rangierende Jiang Zemin hat überhaupt keine Machtbasis in der Armee.

- 1) Jiang Zemin (SAPB)
- 2) Yang Shangkun (PB)
- 3) Li Peng (SAPB)
- 4) Wan Li (PB)
- 5) Qiao Shi (SAPB)
- 6) Yao Yilin (SAPB)
- 7) Song Ping (SAPB)
- 8) Li Ruihuan (SAPB)
- 9) Tian Jiyun (PBM)
- 10) Li Tieying (PBM)
- 11) Li Ximing (PBM)
- 12) Wu Xueqian (PBM)
- 13) [Qin Jiwei (PBM)?]
- 14) [Yang Rudai (PBM)?]
- 15) Ding Guan'gen (Politbüro-Kandidat)

-sch-

*(8)

Deng Xiaoping kündigte seinen vollständigen Rückzug aus der Politik an

Die der KPCh nahestehende Hongkonger Zeitschrift *Guangjiao Jing* berichtete in ihrer Juli-Ausgabe, daß Deng Xiaoping parteiintern seinen vollständigen Rückzug aus der Politik angekündigt habe. Deng soll diese Absicht am 16. Juni 1989 während eines Treffens mit Yang Shangkun, Wan Li, Jiang Zemin, Li Peng, Qiao Shi, Yao Yilin, Song Ping und Li Ruihuan bekanntgegeben haben. Danach soll Deng erklärt haben, daß er sich "total zurückziehen" werde, wenn die neue Parteiführung unter Jiang Zemin eine "normale Arbeitsordnung" (zhengchang de gongzuozhixu) etabliert habe. Dann werde er sich "nicht mehr in ihre Arbeit einmischen" und alle Erfolge und Versäumnisse seien dann von ihnen zu verantworten. Mit seinem Rückzug aus der Politik werde er sein politisches Erbe übergeben haben. (*Guangjiao Jing*, Juli 1989, S. 6)

Deng hatte in den letzten Jahren mehrfach seinen Rückzug aus der Politik angekündigt, diesen jedoch nie wirklich vollzogen. Möglicherweise will Deng mit seiner wiederholten Rücktrittsankündigung auch jetzt wieder die Bitten der neuen politischen Führungsmannschaft provozieren, im Interesse von "Stabilität und Einheit" doch noch ein bis zwei Jahre weiterzumachen. -sch-

*(9)

Zhao Ziyang wies die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück

Die der KPCh nahestehende Hongkonger Zeitschrift *Guangjiao Jing* berichtete in ihrer Juli-Ausgabe, daß Zhao Ziyang sowohl an der erweiterten Sitzung des Politbüros vom 19. bis 21. Juni als auch an Gruppensitzungen (xiaozu hui) der 4. Plenartagung des XIII. ZK vom 23. bis 24. Juni teilgenommen habe. Zhao habe sogar auf einer Gruppensitzung der 4. Plenartagung eine Rede gehalten, in der er die gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen habe. Weder habe er den Aufruhr unterstützt, noch habe er die Partei gespalten, soll Zhao erklärt haben. Er (Zhao) habe innerhalb der Partei lediglich eine andere Meinung geäußert. Daran sei nichts Schlechtes.

Li Peng soll jedoch an den Vorwürfen gegen Zhao festgehalten haben. Er beschuldigte Zhao darüber hinaus, am

21. Mai ein Telegramm an den in den Vereinigten Staaten weilenden Wan Li geschickt zu haben, in dem er Wan Li aufgefordert habe, seine USA-Reise abzubrechen und vorzeitig nach Beijing zurückzukehren. (*Guangjiao Jing*, Juli 1989, S. 7 u. 8) -sch-

*(10)

Posten des 1. stellvertretenden Vorsitzenden der ZK-Militärkommission nach wie vor vakant

Nach dem Sturz von Zhao Ziyang ist der Posten eines 1. stellvertretenden Vorsitzenden der ZK-Militärkommission noch nicht wieder besetzt worden. Interessanterweise ist es dem neuen ZK-Generalsekretär Jiang Zemin bisher nicht gelungen, die Nachfolge von Zhao Ziyang in der ZK-Militärkommission anzutreten. Er hat damit eine ähnlich schwache Position gegenüber dem Militär wie der verstorbene ZK-Generalsekretär Hu Yaobang. -sch-

*(11)

Früherer Berater von Zhao Ziyang enthüllt Hintergründe des Machtkampfes

Mit Chen Yizi (49) ist einem hochrangigen Mitarbeiter im Beraterstab des gestürzten ZK-Generalsekretärs Zhao Ziyang die Flucht ins westliche Ausland gelungen. Mit Hilfe von Freunden hatte Chen bereits am 5. Juni Beijing verlassen können und sich in den darauffolgenden drei Monaten an einem unbekanntem Ort versteckt gehalten. Chen Yizi ging zum erstenmal Anfang September 1989 in Paris an die Öffentlichkeit und gab mehreren Zeitungen und Zeitschriften Interviews. In Paris will sich Chen auch zunächst niederlassen, denn dort soll die Zentrale einer vom Ausland agierenden chinesischen Bewegung für Demokratie in der Volksrepublik China errichtet werden. In Paris gibt es bereits ein chinesisches "Haus der Demokratie", das nach dem Massaker vom 3./4. Juni und der Flucht einer Reihe von radikalen Reformern nach Frankreich unter Mithilfe einflußreicher französischer Kreise in Politik und Wirtschaft errichtet worden war.

Nach Informationen der Zeitung *Le Monde* soll Chen Yizi in der Denkfabrik von Zhao zunächst für Landwirtschaftsreformen, dann für Reformen in der Industriewirtschaft und schließlich für politische Reformen zuständig ge-

wesen sein (*Le Monde*, 8.9.89). Bis zu seiner Flucht hatte Chen die Position des Direktors des Forschungsinstituts (des Staatsrats) für die Reform des Wirtschaftssystems inne. Dieses Institut zählte zu den wichtigsten beratenden Institutionen der radikalen Reformkräfte. Hier wurden wichtige Reformvorhaben in Landwirtschaft und Industrie konzipiert. Mindestens 14 Mitglieder dieses Instituts sollen mittlerweile verhaftet worden sein (IHT, 5.9.89).

In dem Bericht des Bürgermeisters von Beijing, Chen Xitong, über die parteioffizielle Version des "konterrevolutionären Putsches" und seiner Niederschlagung vor dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses am 30. Juni 1989 war gegen Chen Yizi der Vorwurf erhoben worden, daß er die Ausarbeitung einer "Sechs-Punkte-Erklärung zur gegenwärtigen Lage" von vier prominenten reformorientierten Institutionen und Organisationen "angeleitet" habe. In der Erklärung, die kurz vor der Verhängung des Ausnahmezustands in Beijing verbreitet wurde, war u.a. die Einberufung einer Sondertagung des Nationalen Volkskongresses und eines außerordentlichen Parteitags der KPCh gefordert worden (RMRB, 7.7.89).

In einem Interview mit der Zeitung *Le Monde*, das in der Ausgabe vom 8.9.1989 veröffentlicht wurde, äußerte Chen Yizi die Ansicht, daß der Sturz von Zhao Ziyang bereits seit langem geplant worden war, und zwar

- "von den alten Konservativen,
- den Privilegierten des Regimes,
- von jenen, die in den 50er Jahren in der Sowjetunion studiert haben und
- von solchen, die Karriere machen, indem sie andere denunzieren".

Dieses Anti-Reform-Bündnis habe bereits im Herbst 1988 von Deng Xiaoping gefordert, Zhao zu entlassen. Von dieser Koalition reformfeindlicher Kräfte sei auch systematischer Widerstand gegen die politischen Reformen seit 1982 geleistet worden. Angesichts dieser politischen Frontstellung sei die Studentenbewegung im Frühjahr 1989 lediglich ein Vorwand für die Reformgegner gewesen, um Zhao zu stürzen: "Wenn es sie [die Studentenbewegung] nicht gegeben hätte, dann wäre Zhao wegen einer anderen Sache gestürzt worden. Sie wollten dem Reformjahrzehnt ein Ende bereiten." (*Le Monde*, 8.9.89)

In einem Interview mit der *International Herald Tribune* warf Chen den "Hardlinern" vor, das Massaker provoziert zu haben, um allein die Macht zu ergreifen und das marktorientierte Reformprogramm von Zhao Ziyang außer Kraft zu setzen (IHT, 5.9.89).

"Li Peng hat uns als Konterrevolutionäre verurteilt. Das bedeutet, daß sie alle säubern wollen, die in den vergangenen zehn Jahren Beiträge für die Reformen geleistet haben. Ihr Ziel ist es, die Reformen zu verwerfen", erklärte Chen der Zeitschrift *ASIA-WEEK* (AW, 22.9.89, S.40)

Chen Yizi über die unterschiedlichen Positionen von Zhao und seinen Widersachern: "Zhao war davon überzeugt, daß eine Planwirtschaft stalinistischen Typs in China nicht funktionieren könne und daß eine Marktwirtschaft aufgebaut werden mußte ... Er hat die Ausgabe von Aktien an die Arbeiter genehmigt, was ihm den Vorwurf einbrachte, den Kapitalismus einzuführen. Er wollte die Machtbefugnisse der Regierung und der Partei trennen. Die alten Konservativen hingegen haben die Planung an die erste Stelle gesetzt und waren der Ansicht, daß die Teilung der Machtbefugnisse [zwischen Regierung und Partei] zu einer Zerstörung ihrer Macht führen würde." (Le Monde, 8.9.89)

Chen zufolge ist der Sturz von Zhao Ziyang der Höhepunkt eines zweijährigen Machtkampfes über die Zukunft der Reform im Politbüro. Nach dem XIII. Nationalen Parteitag der KPCh (Oktober 1987) mußten die Reformer feststellen, daß sie nicht mehr auf die volle Unterstützung durch Deng Xiaoping rechnen konnten. Deng hatte nach Auskunft von Chen Yizi auf dem Kongreß erklärt, daß sowohl die zentrale Befehlsplanung als auch marktwirtschaftliche Kräfte notwendige Bestandteile der künftigen Wirtschaftsordnung Chinas darstellten. Auf dem Parteitag soll Deng den orthodoxen Kräften auch freie Hand gelassen haben, die Forderung von Zhao Ziyang nach einer Liberalisierung der Eigentumsrechte zu blockieren. Chen weiter: "Nach außen hin schien es, als ob der Kongreß ein Reformprogramm verabschiedet hatte. Doch die Reaktionäre konnten ihre Leute in der Regierung unterbringen und die Wirtschaftspolitik in ihre Hände bekommen, da Zhao Ziyang [ab 1987] nicht mehr Ministerpräsident [sondern ZK-Generalsekretär] war. Zhao hatte nicht die Bezie-

hungen, um die Partei wirklich führen zu können. Damals wußten wir [schon], daß die politischen und wirtschaftlichen Reformen an einem toten Punkt angekommen waren." (IHT, 5.9.89)

"Die wirtschaftliche Entscheidungshoheit lag bei Ministerpräsident Li Peng. Bei den politischen Reformen bestimmte Zhao zwar den Kurs, aber er hatte keinen Zugriff auf die personelle Besetzung von Ämtern und Posten. Daher konnte er seine Ideen nicht verwirklichen", erklärte Chen Yizi gegenüber dem *SPIEGEL* (DER SPIEGEL, 38/1989, S. 200). Tatsächlich hatte im Juni 1987 der Sowjetmodell-Sanierer Song Ping den Posten als neuer Chef der ZK-Organisationsabteilung angetreten, die zuständig ist für die personelle Besetzung von Partei- und Regierungsstellen.

Chen Yizi berichtete, daß Ministerpräsident Li Peng die Reise von Zhao Ziyang nach Nordkorea ausgenutzt habe, um am 24. April 1989 eine Parteikonferenz abzuhalten, auf der ein seit längerem vorbereiteter, ausführlicher Bericht des Bürgermeisters von Beijing vorgelegt wurde. In dem Bericht sollen die Haltung von Zhao Ziyang und die Forderungen der Studenten scharf kritisiert worden sein. Sowohl Zhao als auch die Studenten seien in dem Bericht als Unruhestifter hingestellt worden, die entschlossen gewesen wären, die Alten von der Macht zu verdrängen. Daraufhin hätten die "Konservativen" Deng Xiaoping bedrängt, die Studentebewegung zu unterdrücken und Zhao Ziyang zu stürzen. (Le Monde, 8.9.89)

Nach Ansicht von Chen nutzte Li Peng die Studentendemonstrationen, um Deng Xiaoping gegen Zhao Ziyang aufzubringen. Bereits Ende April 1989 sollen Li Peng und Chen Yun den Einsatz des Militärs gegen die Studenten verlangt haben. Zhao Ziyang habe sich, so Chen, jedoch bis zu seinem Rücktritt dagegen ausgesprochen. Auf einer Sitzung des Politbüros am 17. Mai, auf der eine Entscheidung über den Einsatz des Militärs gegen die Studenten gefällt werden sollte, habe Zhao noch einmal ein leidenschaftliches Plädoyer gegen den Plan von Li Peng zur Verhängung des Ausnahmezustands gehalten. Im Gegenzug sei Zhao von den "Hardlinern" wegen verfehlter Wirtschaftspolitik und wegen Spaltung der Partei in der Frage der Behandlung der Studentebewegung scharf kriti-

siert worden. Als Zhao schließlich bei der Abstimmung über die Verhängung des Ausnahmezustands unterlag, habe er seinen Rücktritt verkündet. (IHT, 5.9.89)

Nach dem Rücktritt von Zhao Ziyang sollen die Sicherheitsbehörden bereits eine Liste von "Konterrevolutionären" aufgestellt haben, in denen auch der Name von Chen Yizi - und wahrscheinlich auch von anderen Beratern Zhao Ziyangs - enthalten gewesen sein soll. Auf Chen wurden Spitzel ange-setzt. (Ebenda)

Chen Yizi gab die Schuld für die Eskalation der Studentebewegung in einen nahezu alle Teile der Bevölkerung umfassenden Massenprotest eindeutig den Reformgegnern: "Anfangs waren die Studenten ruhig ... Aber jedesmal, wenn sie den Tiananmen-Platz verlassen wollten, hat Li Peng sie provoziert. So hatten z.B. fast alle Studenten nach der Rede von Zhao Ziyang am 4. Mai 1989 den Unterricht wieder aufgenommen. Daraufhin rief Li Peng die Verantwortlichen der Universitäten zusammen, um die Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und den illegalen Charakter der Demonstrationen zu verurteilen. Kurze Zeit später gingen die Studenten wieder auf die Straße und begannen ihren Hungerstreik." (Le Monde, 8.9.89)

Im Gegensatz zu Li Peng forderte Zhao eine größere Zurückhaltung und eine weitere Liberalisierung, um auf diese Weise das öffentliche Vertrauen in die politische Führung zurückzugewinnen. So wies Zhao den für Ideologie und Propaganda zuständigen ZK-Sekretär Hu Qili Anfang Mai 1989 an, daß die Massenmedien objektiv über die Demonstrationen berichten sollten (IHT, 5.9.89). Dies taten dann auch die meisten Massenmedien bis zur Verhängung des Ausnahmezustands, so daß eklatante Widersprüche bestehen zwischen der Berichterstattung der offiziellen Medien von Anfang Mai bis zum 20. Mai und der darauffolgenden Propaganda in den gleichen Medien.

Den Hauptverantwortlichen für das staatsstreichähnliche Vorgehen gegen die radikalen Reformkräfte sieht Chen Yizi allerdings nicht in Ministerpräsident Li Peng, der lediglich ein "Strohmann" sei, der von dem "Strategen" Yao Yilin, der die Wirtschaft kontrolliere, manipuliert werde. Die Anstifter für den Sturz der Reformkräfte seien vielmehr Li Xiannian und Chen Yun

gewesen, und der eigentliche Verantwortliche für "diese Tragödie" sei Chen Yun (Le Monde, 8.9.89). Erstaunlicherweise erwähnte Chen Yizi den Namen von Staatspräsident Yang Shangkun, der ebenfalls eine bedeutende Rolle bei der blutigen Niederschlagung der Studentenbewegung gespielt hatte, in den vier vorliegenden Interviews kein einziges Mal.

Der Sturz der Reformkräfte sei von einer "ganz kleinen Minderheit" an der politischen Führungsspitze durchgesetzt worden, erklärte Chen. Das Volk stehe nicht auf der Seite der Reformgegner, und vor Verkündung des Kriegsrechts hätten 70 % der verantwortlichen Kader auf Ministerialebene und 80 % der Führungskader [welcher Ebene?] die Studenten unterstützt. (Le Monde, 8.9.89)

Gegenüber der Person Deng Xiaopings äußerte sich Chen Yizi eher verständnisvoll: "Das ist ein Mann voller Widersprüche. Er befürwortet ehrlich wirtschaftliche und politische Reformen - allerdings unter der Bedingung, daß an der führenden Rolle der Partei nicht gerüttelt wird. ... Hinter ihm stehen die alten Führungskader. Die darf er nicht verprellen, andernfalls würde es gefährlich für ihn werden. So hat er also Zhao geopfert, um sich selbst zu retten. Aus dem gleichen Grund hat er auch Führungskader aus den Provinzen in die Zentrale geholt, die nicht so stark von den Konservativen beeinflusst sind, wie Jiang Zemin aus Shanghai und Li Ruihuan aus Tianjin. Doch Deng ist für immer von dieser Schandtat gebrandmarkt, während Zhao ein tragischer Held geworden ist." (Le Monde, 8.9.89)

Chen zufolge wollte Deng Zhao Ziyang nicht so hart bestrafen, wie dies die orthodoxen Kräfte gefordert hatten. Deshalb habe Deng Zhao das Angebot gemacht, daß er im Zentralkomitee verbleiben könne, wenn er auf der Politbüro-Sitzung am 18. Juni eine Selbstkritik vornehme (IHT, 5.9.89). Zhao ging offenbar auf dieses Angebot nicht ein und scheint statt dessen bis zuletzt versucht zu haben, seine Position zu rechtfertigen.

Nach Darstellung von Chen war Zhao der "klardenkendste und aufgeschlossenste" Politiker innerhalb der Führungsspitze. Aufgrund mangelnder Sachkenntnis habe Zhao jedoch auch "viele Fehler" bei der Wirtschaftsreform gemacht: "Er traf nicht immer die

richtigen Entscheidungen und war in vielen wichtigen Fragen nicht standfest genug. Manchmal sah er Probleme und wollte sie lösen, doch wenn er auf Widerstand traf, zog er sich zurück." (AW, 22.9.89, S. 40)

Chen Yizi bestritt gegenüber *ASIAWEEK*, daß die Berater der radikalen Reformkräfte eine Preisreform befürwortet und die Ansicht vertreten hätten, daß "Inflation keinen Schaden anrichte": "Jemand hatte Deng Xiaoping eine Preisreform vorgeschlagen, der dann darüber auch mehrmals sprach, und die Sache wurde dann von Zhao Ziyang ausgeführt. Wir entschieden, daß China nicht in der Lage war, auf Preiskontrollen zu verzichten, weil wir keine unabhängigen Unternehmen, kein marktwirtschaftliches Umfeld und keine Vorschriften im Hinblick auf die Konkurrenz auf dem Markt haben. Unter solchen Umständen würden unkontrollierte Preise nur ein Durcheinander der Preise hervorbringen. Wir haben deshalb sieben Berichte geschrieben, in denen wir darauf hingewiesen haben, daß wirksame Preisreformen weit grundsätzlichere Veränderungen in unserem Wirtschaftssystem erforderlich machen würden... Statt die Preisreform in den Mittelpunkt zu stellen, hatten wir die Unternehmensreform als das wichtigste hervorgehoben. Als wir dann hörten, daß man uns nachsagte, wir hätten die Preisreform befürwortet und die Ansicht vertreten, "Inflation richtet keinen Schaden an", wußten wir nicht, ob wir lachen oder weinen sollten." (AW, 22.9.89, S. 40)

Chen bezeichnete die nach dem Mاسaker vom 3./4. Juni einsetzende Unterdrückung der demokratisch und marktwirtschaftlich orientierten Reformbewegung als "schlimmer als in der Kulturrevolution". Viele Reformanhänger seien verhaftet, geschlagen, gefoltert und/oder für unbestimmte Zeit aufs Land verschickt worden - wie übrigens auch die Familienmitglieder dieser Reformkräfte. Er selbst habe zu seiner eigenen Sicherheit 100 Stunden von eigenen Zeugenaussagen auf Tonband aufgenommen und Kopien in sechs Ländern niedergelegt, denn er fürchte, vom chinesischen Geheimdienst entführt oder umgebracht zu werden. (Le Monde, 8.9.89)

Chen Yizi äußerte die Ansicht, daß die Widersprüche zwischen den neuen Machthabern die Anti-Reform-Koalition schwächen würden, sobald sie

ernsthaft mit dem passiven Widerstand der Stadtbevölkerung und mit einer schwerwiegenden Wirtschaftskrise konfrontiert seien. Laut Chen ist die wirtschaftliche Krise bereits heute schwerwiegender als die politische Krise. (Le Monde, 8.9.89) Die konservativ-orthodoxe Koalition werde jedoch nicht in der Lage sein, die Wirtschaftskrise in den Griff zu bekommen. Die Stärkung der zentralen Befehlsplanung und die Schwächung der marktwirtschaftlichen Kräfte werde schon kurzfristig zu einem Mangel an Konsumgütern und zu seinem Rückgang des Bruttosozialprodukts führen (IHT, 5.9.89).

"Für ein Land mit einem durchschnittlichen Nationaleinkommen von 300 US-\$ pro Kopf wird diese Politik das Wirtschaftswachstum unterdrücken und in einem wirtschaftlichen Niedergang enden, erklärte Chen gegenüber *ASIAWEEK* und fuhr fort: "Nach Meinung von Leuten wie Chen Yun muß die Kontrolle der Zentralregierung über die Provinzen und Unternehmen wiederhergestellt und müssen Dorfunternehmen, Privatunternehmen und private gewerbliche Tätigkeiten unterdrückt werden. Dies wird mit Sicherheit zu einem Rückgang von Produktion und Konsumtion führen." (AW, 22.9.89, S. 40)

Chen bezeichnete die Situation der gegenwärtigen Machthaber als "sehr schwierig". Folgende Indizien sprechen nach Chen Yizi dafür, daß die Reformgegner sich nicht länger als zwei oder drei Jahre an der Macht halten könnten:

- die nach wie vor sehr hohe Inflation (28 % im ersten Halbjahr 1989),
- die Unzufriedenheit der Bauern, die nur noch zur Hälfte in Geld und zur Hälfte in Wechsellöhnen bezahlt würden,
- die Unfähigkeit der Führung, die grundlegenden Wirtschaftsprobleme zu lösen,
- die Blockade der Wirtschaftsreformen und
- die Verfolgung der Wirtschaftsreformkräfte. (Le Monde, 8.9.89)

Sollten die USA jedoch ihre Sanktionen gegen China aufheben, dann sei das "Sauerstoff für Li Pengs Regierung". Chen weiter: "Alles, was die Zentralregierung stärkt, ist schlecht. Alles, was die Regierungen der Provinzen und Orte stärkt, sollte unternommen werden, denn es sind diese Institutionen, und nicht die Zentralregierung, die an der Reform festhalten wollen. (IHT, 5.9.89)

Nach Ansicht von Chen Yizi sind sozialistische Staaten nur dann in der Lage, sich allseitig zu modernisieren, wenn sie zumindest marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsreformen verwirklichen: "Nicht nur China sondern auch Jugoslawien nach 40 Jahren Sozialismus, Ungarn nach 30 Jahren Sozialismus im Anschluß an 1956 und Polen haben es nicht geschafft, die Leute davon zu überzeugen, für die staatliche Wirtschaft zu arbeiten. Auch die Sowjetunion hat das nicht geschafft. Und wenn Gorbatschow das nicht schafft, dann wird [auch] er scheitern." (Le Monde, 8.9.89)

Chen Yizi zufolge hat die Partei mit der blutigen Niederschlagung der demokratischen Bewegung jegliches Vertrauen verspielt: "Das Massaker vom 4. Juni hat die Geschichte Chinas wirklich geändert, denn es hat die Resultate der 10jährigen Reformpolitik zu Grabe getragen, und die alten Konservativen haben auch die Partei begraben. All jene, die vorher noch an die Partei geglaubt haben, haben jetzt jeden Glauben in sie verloren, denn sie handelt gegen den Lauf der Geschichte, und sie kann nicht mehr das Volk repräsentieren." (Le Monde, 8.9.89)

Zu diesen zählt sich auch Chen Yizi, der seit 1959 30 Jahre lang KPCh-Mitglied gewesen ist, nun aber jeglichen Glauben und alle Illusionen verloren hat und nach dem Massaker aus der Partei ausgetreten ist (IHT, 5.9.89). Erst das Massaker und die erneute politische Verfolgung haben Chen von der KPCh abfallen lassen, obwohl schon die während der Kulturrevolution erlittenen Leiden Grund genug gewesen wären, der Partei endgültig den Rücken zu kehren: "Ich wurde ins Gefängnis geworfen, weil ich an Mao Zedong einen Brief geschrieben hatte. Meinen Onkel und meinen Vater haben sie totgeschlagen, meine Verlobte hat sich das Leben genommen, und meine Großvater ist aus Gram verstorben." (Le Monde, 8.9.89)

Auf die Frage, ob die Partei überhaupt noch reformierbar sei, antwortete Chen Yizi unbestimmt: "Sie ist gegen das Volk und gegen die berechtigten Forderungen des Volkes. Ich glaube nicht, daß die Mehrheit der Parteimitglieder schlecht ist. Auch sie wollen Wirtschaftsreformen und eine Demokratisierung. Doch innerhalb dieses Systems können sie [ihre Vorstellungen] nicht zum Ausdruck bringen." (Le Monde, 8.9.89)

*(12)

Zentrale Kommission für die Reform des Wirtschaftssystems vor der Auflösung?

Nach Informationen der Hongkonger Zeitschrift *ASIAWEEK* soll die Zentrale Kommission für die Reform des Wirtschaftssystems aufgelöst werden (AW, 8.9.89, S.27). Dies wäre ein weiterer schwerer Schlag für die marktwirtschaftlich orientierten Reformkräfte, die in den vergangenen Jahren mit Hilfe der Kommission verschiedene Wirtschaftsreformexperimente durchgeführt hatten. -sch-

*(13)

Militär und Parteiveteranen dürfen Privilegien behalten

Der Beschluß des Politbüros des ZK der KPCh, private Auslandsreisen auf öffentliche Kosten, die Benutzung von ausländischen Pkw und die Entgegennahme von Geschenken für Partei- und Regierungskader zu verbieten, soll nicht für das Militär und die Mitglieder der Zentralen Beraterkommission gelten. Dies berichtet die Hongkonger Zeitschrift *ASIAWEEK* (AW, 8.9.89, S. 30). -sch-

*(14)

Ein "gerechtes" Massaker durch eine "zivilisierte" Armee

Am 31. August 1989 fand in der Großen Halle des Volkes in Beijing ein großer Empfang zum 62. Jahrestag der "Volksbefreiungsarmee" statt, der formell vom Verteidigungsministerium veranstaltet wurde. Wahrscheinlich um Gerüchten über seine bevorstehende Entmachtung entgegenzutreten, ließ die politische Führung Verteidigungsminister Qin Jiwei einen längeren, bemerkenswerten Toast auf die VBA ausbringen.

Qin, der verschiedenen inoffiziellen Informationen zufolge anfangs gegen den Einsatz der Armee gegen die friedlich demonstrierenden Studenten und Bürger gewesen sein soll, bezeichnete nun die blutigen "Niederschlagung des konterrevolutionären Putsches" als eine "korrekte Maßnahme". Dabei hätten "die proletarischen Revolutionäre der älteren Generation, die von dem Genossen Deng Xiaoping vertreten werden", eine herausragende Rolle gespielt. Die Soldaten hätten "weder Blutverlust noch den Tod fürchtend

unter der kraftvollen Mithilfe der Volksmassen die von der Partei und dem Volk ihnen übertragene glorreiche Aufgabe vortrefflich erfüllt". Die Praxis dieses Kampfes habe, so Qin weiter, erneut bewiesen, daß es sich bei der VBA u.a. um eine "zivilisierte und gerechte Armee" handle. Nach Qin Jiwei haben nicht nur "die Volksmassen" den Einsatz des Militärs unterstützt, sondern auch "viele Staaten und Völker haben Verständnis, Sympathie und Unterstützung für unsere gerechte Sache der Niederschlagung des konterrevolutionären Putsches zum Ausdruck gebracht". (RMRB, 1.8.89) -sch-

*(15)

Redakteur wegen Berichterstattung über das Massaker bestraft

Erst Ende August soll der Redakteur von Radio Beijing International verhaftet worden sein, der verantwortlich war für eine kurze Nachrichtensendung am Morgen des 4. Juni 1989, in der ein Rundfunksprecher erklärt hatte, daß in der vergangenen Nacht tausende von Menschen in Beijing von Soldaten getötet worden seien. Bei dem für diese Sendung verantwortlichen Redakteur soll es sich um Wu Xiaoyong handeln, der ein Sohn des früheren Außenministers Wu Xueqian ist. (AW, 8.9.89, S. 29)

Wu Xueqian (68) ist nach wie vor stellvertretender Ministerpräsident und Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh. Seit dem Verlust des Außenministerpostens im April 1988 hat Wu jedoch keinen konkreten Zugriff mehr auf ein Regierungs- oder Parteiorgan. Obwohl er in den formell höchsten staatlichen und Partei-Führungsgremien sitzt, verfügt er über keine institutionelle Machtbasis. Seine Position ist außerdem dadurch geschwächt, daß er eindeutig dem radikalen Reformflügel des verstorbenen Hu Yaobang und des gestürzten Zhao Ziyang zuzurechnen ist. -sch-

*(16)

Politische Bessitzelung

Ende August 1989 sollen Arbeiter von Funktionären aufgefordert worden sein, einen detaillierten Fragebogen über ihre Rolle während der Studentenproteste auszufüllen. In dem Fragebogen wurde u.a. nach der genauen Höhe der Spenden für die Studentebewegung gefragt. (AW, 8.9.89, S.29) -sch-

*(17)

Politisch-militärische Neuausrichtung der Beijing-Universität

Die Beijing-Universität, die während der Studentenbewegung im Frühjahr eine Hochburg des Protestes gewesen war, darf für das neue Schuljahr nur 800 statt der ursprünglich geplanten 2.000 neue Studenten aufnehmen. Während landesweit die Hochschulzulassungen nur um 5 % gekürzt wurden (s. C.a., Juli 1989, Ü 25), wurde die berühmte Beida von einer offensichtlich politischen Kürzung um 60 % betroffen. Die neuen Studenten werden auch nicht sofort ihr Studium an der Beijing-Universität aufnehmen können, sondern sie müssen sich zunächst einer einjährigen politischen und militärischen Ausbildung in einer Armeeschule in Shijiazhuang unterziehen. Dieses militärisch-politische Propädeutikum ist landesweit beschränkt auf die Beijing-Universität und wurde von Beamten als "Experiment" beschrieben. (AW, 8.9.89, S. 28) -sch-

*(19)

Leitung der Beijing-Universität ausgetauscht

An der Beijing-Universität (Beida), der angesehensten Universität Chinas, wurden Ende August die Führungspositionen ausgetauscht. Der bisherige Präsident Ding Shisun trat von seinem Posten zurück und wurde durch Wu Shuqing, zuvor Vizepräsident der Volksuniversität, ersetzt. Gleichzeitig wurde der bisherige Parteisekretär der Beida, Wang Xuezheng, seines Postens enthoben. Ein Nachfolger für ihn wurde noch nicht eingesetzt, doch wurde der bisherige Sekretär des Komitees der Jugendliga der Stadt Beijing, der 42jährige Lin Yanzhi, zum stellvertretenden Parteisekretär der Beida ernannt (RMRB, 24.8.89). In der Meldung soll der Eindruck erweckt werden, der bisherige Universitätspräsident sei aus freien Stücken gegangen. Wie es heißt, soll der heute 62jährige Mathematiker Ding Shisun, der das Amt des Beida-Präsidenten seit 1984 bekleidete, bereits im März in einem Schreiben an die Staatliche Erziehungskommission den Wunsch geäußert haben, nicht weiter im Amt zu bleiben, weil seine Amtsperiode abgelaufen sei. Ding teilte mit, er wolle künftig wieder seine Lehrtätigkeit im Mathematischen Seminar aufnehmen.

Es können kaum Zweifel daran bestehen, daß Ding aufgrund seiner liberalen Einstellung und seiner Haltung während der Studentenproteste abgesetzt wurde. Die Beida war eine der Hochschulen, deren Studenten eine führende Rolle in der Demokratiebewegung spielten. Da weder der Präsident noch der Parteisekretär der Universität die Teilnahme der Studenten an der Bewegung verhindern konnten, mußten sie von ihren Posten zurücktreten. Der neue Universitätspräsident, ein Wirtschaftswissenschaftler, gilt als orthodoxer Marxist (vgl. Zhongguo Tongxun She, Hong Kong, 24.8.89, nach SWB, 26.8.89).

Die Umbesetzungen an der Universitätsspitze dürften auch der Hauptgrund dafür sein, daß die Beijing-Universität als einzige der großen Beijinger Hochschulen den Semesterbeginn verschieben wird. Während die meisten Hochschulen im Laufe des August ihren Lehrbetrieb wieder aufnehmen (und zwar vorzeitig, weil die Studenten aufgrund der Unruhen eher in die Ferien geschickt worden waren), begann die Beida nicht, wie vorgesehen, Ende August, sondern wird erst Mitte Oktober wieder geöffnet. Ein Grund wurde nicht genannt. (RMRB, 15.8.89) -st-

*(20)

Landesweit Umbesetzungen im Hochschulwesen

Wie die Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* in ihrer Ausgabe vom 23.8.89 berichtete, sollen laut Beschluß der Staatlichen Erziehungskommission landesweit an zahlreichen Universitäten und Hochschulen die Führungspositionen "teilweise angeglichen", d.h. ausgetauscht werden. Die Zeitung stützt sich auf Aussagen eines Vertreters der Staatlichen Erziehungskommission. Danach sollen alle Universitätsleitungen überprüft werden, wobei nach folgenden Kriterien vorzugehen ist: Alle Personen, die in der Lage waren, während der Unruhen die vier grundlegenden Prinzipien aufrechtzuerhalten, können ihre Posten behalten. Diejenigen, die über die Unruhen besorgt waren, sollen umerzogen werden. Diejenigen, die sich im Widerspruch zu den vier grundlegenden Prinzipien verhalten haben, müssen entlassen und näher überprüft werden.

Zugleich hat die Staatliche Erziehungskommission verfügt, daß aufgrund des Mangels an Lehrkräften, die Marxismus-Leninismus unterrichten können, vorerst keine oder nur sehr wenig neue Studenten für die Sozialwissenschaften aufzunehmen sind. Um den Mangel an Lehrern für Marxismus-Leninismus auszugleichen, sollen entsprechend befähigte pensionsreife Lehrkräfte weiter beschäftigt werden.

Darüber hinaus wurde bekannt, daß die Staatliche Erziehungskommission für eine gewisse Zeit das System der Verantwortlichkeit der Präsidenten für ihre Universität oder Hochschule außer Kraft gesetzt hat. Nur an solchen Hochschuleinrichtungen, die "gut gearbeitet haben", darf das Verantwortlichkeitssystem zwecks Sammeln von Erfahrungen beibehalten werden. (Nach SWB, 25.8.89)

Die Hochschulen sind derzeit von den Säuberungsmaßnahmen besonders stark betroffen. Künftig wird man wieder stärker auf die ideologische Zuverlässigkeit der Hochschullehrer und besonders auch der Hochschulleitung achten. Daß die Hochschulen größere Autonomie genießen sollten, war ein Ziel der Erziehungsreform vom Mai 1985. Schon in den Jahren zuvor waren zahlreichen ausgewählten Universitäten größere Kompetenzen zugesprochen worden, die sich inzwischen auf alle tertiären Bildungseinrichtungen

Kultur

*(18)

Akademie der Sozialwissenschaften entläßt wissenschaftliche Mitarbeiter

Die Akademie der Sozialwissenschaften hat zwei namhafte Wissenschaftler entlassen: den Politikwissenschaftler Yan Jiaqi vom Politikwissenschaftlichen Institut und den Historiker Bao Zunxi vom Historischen Institut. Beiden wird vorgeworfen, seit langem einen bürgerlich-liberalen Standpunkt eingenommen, sich an dem "Aufbruch" beteiligt und den "konterrevolutionären Putsch" mit organisiert und angezettelt zu haben. Damit hätten sie sich gegen die Führungsrolle der Partei gewendet und gegen die Gesetze des chinesischen Staates verstoßen. Aus diesem Grunde hätten sie jegliche Grundlage für eine staatliche Anstellung verloren. Gleichzeitig wurden die beiden Wissenschaftler auch aus der Partei ausgeschlossen (RMRB, 10.8.89). Darüber hinaus verlor Yan Jiaqi seinen Posten als Geschäftsführender Direktor der Chinesischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (SWB, 11.8.89).

Yan Jiaqi befindet sich seit Anfang Juni im westlichen Ausland, wo er weiter für die demokratische Bewegung arbeiten will. Bao Zunxin soll verhaftet worden sein. -st-